Und wenn man liest, daß Zuwendungen von 1000 bis 5000 Mk. geradezu unzählig sind, wenn der entlassene Polizeidirektor Krüger zuletzt noch ein Geschenk von 50,000 Mk. erhalten hat, so ist kein Mensch im Zweifel, woher diese Gelder kamen.

Etatsmäßig war für diese Zwecke kein Pfennig bewilligt. Als der betrügerische Bankerotteur und spätere Zuchthäusler Elias Schmidt für die Dresdner Polizei in Zürich Spitzeldienste leistete und seine Auftraggeber anlog, daß die Balken sich bogen, da mußte ihm der Polizeikommissar Weller auf sein Verlangen nach „Mehr Geld!" antworten, daß keine Mittel da seien, da der Dispositionsfond „fast nur" zur Unterstützung von Beamten-Wittwen und -Waisen verwendet werde! Neben diesen „fast nur" konnte Herr Weller, wie er am 5./7. 82 schrieb, „nur Kleinigkeiten locker machen"!

Und wie in Sachsen, war es in Preußen, war es im Reich!

Alle Welt wußte, daß dieses ganze Spitzel- und Denunzianten-Heer aus dem Reptilienfond gespeist und genährt wurde! Und alle Welt wußte, daß diese Verwendung des Welfenfonds gesetzwidrig war! Aber kein einziger dieser Herren erhob im preußischen Landtag dagegen Protest, kein Richter und kein Bamberger, von Nationalliberalen und Ultramontanen ganz zu schweigen.

Ihre Entrüstung ist heute eine geheuchelte; gewiß ist die Schenkung von 350,000 Mk. an Minister Bötticher skandalös, gewiß ist die Schenkung von 50,000 Mk. an Krüger skandalös, gewiß ist die Zahlung der Kosten des Fackelzuges für Bismarck zu seinem 70. Geburtstag aus dem Reptilienfonds höchst skandalös — aber im Vergleich zu der Korruption, die das Sozialistengesetz vermöge der gesetzwidrigen Verwendung der Millionen des Welfenfonds, im ganzen deutschen Volke gezüchtet hat, unter Beihilfe und stillschweigender Zustimmung sämmtlicher bürgerlichen Parteien, gegenüber dieser jahrelang gezüchteten und gepflegten Korruption sind alle jene Skandale ein Kinderspiel.

Gegen diese Korruption durch den Reptilienfond hat aber noch kein gegnerisches Blatt auch nur mit einem Worte sich erhoben und wird sich auch nicht erheben! Und wir wissen, warum! Und wir wissen, daß uns gegenüber alle Parteien einig sind, diese Seite der Welfenfond-Korruption nicht zu enthüllen!

Aber es ist auch nicht mehr nöthig — es genügt so!

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dresden, den 7. April.

— Wir stehen den Vorgängen in den sogenannten „höheren Regionen" zwar sehr kühl gegenüber, doch ist es sehr bezeichnend, daß der „gefeiertste Staatsmann des Jahrhunderts" zu seinem Geburtstage nicht einmal vom Kaiser beglückwünscht worden ist. „Zum ersten Male," sagt die „Münchener Allgemeine Zeitung", „seit dem Jahre 1863 hat Fürst Bismarck seinen Geburtstag ohne den warmen Glückwunsch seines Souveräns begangen". Der ganze Norden Deutschlands hat sich ebenfalls in eisige Kälte gehüllt; Bismarck soll deswegen gesagt haben: „Auch bei mir trifft das alte Sprichwort zu: Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande und außerdem sieht manches von der Ferne besser aus als von der Nähe." Ob er hiermit den Griff in den Welfenfonds meint? Uebrigens, wenn der Norden sich kalt zeigte, so war der Süden nicht viel heißer. Die süddeutschen Blätter erklären fast einstimmig, daß das Volk — und auf dieses kommt es doch an — sich vollständig kalt ablehnend verhalten habe, in den Festberichten sei vielfach geschwindelt worden.

— Der Unzufriedenheit mit der neuen Invaliditätsversicherung ist auch im württembergischen Landtag Ausdruck gegeben worden, insbesondere seitens des Abg. C. Haußmann-Balingen (Volkspartei). Minister v. Schmid suchte auszuführen, daß nicht so viele Klagen laut geworden wären, wenn die Anträge der württembergischen Regierung im Bundesrath sämmtlich angenommen worden wären.

— Der deutsche Kriegerbund hat mit den Stadtverordneten der Stadt Halle eine kleine, aber bezeichnende Häkelei gehabt. Zu Pfingsten soll in Halle ein Abgeordnetentag dieses Bundes stattfinden. Aus diesem Anlaß hatte nun, wie der „Vossischen Zeitung" berichtet wird, der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung von 1000 Mark als Beitrag zu den Kosten beantragt. Indessen stieß diese Vorlage sowohl in der Finanzkommission als im Plenum auf Widerstand, und die Bewilligung der vom Magistrat geforderten 1000 Mark wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Kriegervereine Körperschaften mit politischer Parteiführung darstellten. Der die Summe auf 500 M. herabmindernde Kommissions-Antrag ward nur mit geringer Mehrheit angenommen, und hierauf beschloß der Festausschuß die von der Stadt Halle a. S. zugesicherte Beihilfe von 500 M. dankend abzulehnen, da die in der Stadtverordneten-Versammlung vom 24. März c. gepflogenen Erörterungen zu erkennen gegeben haben, daß das Kriegervereinswesen die ihm im öffentlichen Leben gebührende Achtung bei einem Theile der Hallescheu Stadtverordneten leider nicht genießt. — Wir unsererseits begreifen nicht, wie sich unter den Stadtverordneten in Halle, wenn dieselben sehr richtig in den Kriegervereinen Körperschaften mit politischer Parteiführung sehen, eine Mehrheit finden konnte, die auch nur 500 Mark bewilligte. Ob 500 oder 1000 Mark, ist für den Stadtsäckel nicht sehr wesentlich, prinzipiell aber ist es durchaus ungehörig, daß die Stadt die Steuern ihrer Bewohner dazu verwendet, daß das vaterlandsfeindliche Treiben der Kriegervereine gefördert wird. Halle hat bei der letzten Reichstagswahl fast 15,000 sozialdemokratische Stimmen aufgewiesen und hat einen Sozialisten in den Reichstag geschickt; wir bezweifeln, daß alle diese Sozialdemokraten damit einverstanden sind, daß ihre Steuern für die Zwecke solcher Leute verschenkt werden, welche die Hallescheu Sozialdemokraten am liebsten vom Erdboden vertilgt sehen möchten.

— Eine geradezu wunderbare Geschichte erzählt der „Vorwärts" aus Bischofstein in Ostpreußen. Danach ist dort gegen eine 60jährige Frau Anklage erhoben wegen groben Unfugs, weil die Frau nicht verbotene alte Zeitungsnummern an Schulkinder ihr bekannter Eltern übergeben hat. Außerdem soll die Frau sich auch eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des § 10 des alten preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 schuldig gemacht haben. Um aber dem Ganzen die Krone aufzusetzen, mußte der Ortspolizist am 1. April den staunenden Einwohnern von Bischofstein mittels Ausschellens bekannt geben, daß 15. April Termin in der Sache stattfinde, und alle Bewohner von Bischofstein und Umgegend dazu einladen. Eine solche öffentliche amtliche Einladung zu einer Gerichtsverhandlung dürfte wohl bisher einzig dastehen.

— Wegen Beleidigung des Pfarrers Bea von Hochmössingen war Anklage gegen den in Ebingen erscheinenden „Neuen Albboten" erhoben worden aus Anlaß der Besprechung einer Predigt, welche der genannte Pfarrer am 2. Adventssonntage gehalten. In dieser Predigt hatte der Pfarrer den „Neuen Albboten" kritisirt und das Abonnement auf den „Igel" zum Quartalswechsel empfohlen. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, weil der „Neue Albbote" in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und das Maß des Erlaubten keineswegs überschritten habe. Der Pfarrer auf der Kanzel als Abonnentensammler — schönes Tableau!

Oesterreich.

— Das erste Drittel der Wiener Gemeinderathswahlen hat stattgefunden. Das Ergebniß ist, wie vorauszusehen war und wie es im Gange der Entwicklung bedingt ist, daß die Antisemiten außerordentliche Erfolge errungen haben. Nur durch die äußersten Anstrengungen der Liberalen in den beiden anderen Wahlkörpern wird es möglich sein, eine antisemitische Mehrheit im Gemeinderath zu verhindern. Aber auch nur für dieses Mal noch. Die nächsten Wahlen in drei Jahren werden den Antisemitismus in unüberwindlicher Stärke erscheinen lassen. Die liberalen, vielfach vom jüdischen Einfluß abhängigen Blätter sind natürlich sehr böse. Anstatt den Ursachen dieser Erscheinung nachzuforschen, suchen sie mit Stoßseufzern aller Art ihren gepreßten Herzen Luft zu machen. So meint die „Neue Freie Presse": „Wien hat längst aufgehört, das Capua der Geister zu sein, aber es hat sich in den Kopf gesetzt, das Athen Europas zu werden, und diesem Ziele geht es mit Riesenschritten entgegen." — Den Liberalen geschieht in Wahrheit ganz Recht, sie haben ihr Schicksal doppelt und dreifach verdient. Gegen ihr jammervolles Regiment mußte sich der Unwille des Volkes entladen. Sie haben die dringendsten wirthschaftlichen Reformen unterlassen, die einseitigste Förderung der großkapitalistischen Interessen betrieben und das Volk politisch mundtodt gemacht. Unter solchen Umständen mußte das Volk allerdings in die Hände von Demagogen fallen. Wir freuen uns aufrichtig über die Erfolge der Antisemiten. Sind sie erst einmal am Ruder, wird man schnell einsehen, daß man vom Regen in die Traufe gekommen ist. Wenn der österreichische Liberalismus sich nicht dazu entschließen kann, dem Volk das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu geben, so sind seine Tage gezählt. Unter den jetzigen Zuständen in Oesterreich besorgt der Antisemitismus die Vorarbeiten für die Sozialdemokratie. Diese wird den sich liberal nennenden kapitalistischen Ausbeutern, sowie den Rassenhaß schürenden, demagogischen Antisemiten den Garaus bereiten. Dann erst wird das österreichische Staatswesen gesunden können.

— Prag, 6. April. Anläßlich des Verbotes der gestrigen Versammlung der ausständischen Maurergehilfen fand ein blutiger Zusammenstoß derselben mit der Polizei statt. Die Arbeiter, welche in das Versammlungslokal nicht gelangen konnten, zogen vor das Nationaltheater. Die Polizei suchte sie zu zerstreuen, worauf die Menge mit Steinwürfen antwortete. Einzelne griffen die Polizisten an und schütteten ihnen Sand in die Augen. Die Wache hieb mit ihren Säbeln drein, verwundete sechs Arbeiter und nahm fünf Verhaftungen vor.

Schweiz.

— Die sozialdemokratische und gut-demokratische Presse kämpft weiter gegen die politische Polizei, welche die schweizerische Bourgeoisie nach nachbarlichem Vorbild eingerichtet hat. Haussuchungen bei Sozialisten sind auch in der „freien" Schweiz keine Seltenheiten mehr. Die Offiziösen sagen natürlich, die politische Polizei sei nur gegen Ausländer, und nicht gegen deren Gesinnungen, sondern verbrecherische Handlungen gerichtet. Das steht aber mit den Thatsachen vollständig im Widerspruch. Der „Basler Arbeiterfreund" schreibt deshalb zu diesem Schandkapitel: „Wenn die Bundesbehörden ihre politische Polizei und Alles, was drum und dran hängt, nicht in Bälde zum alten Plunder werfen, so wird es unseres Erachtens für die organisirte Arbeiterschaft und die Sozialdemokraten zur Pflicht, ebenfalls Obstruktionspolitik zu treiben. Bachab mit allen Bundesgesetzen, die uns nicht vollauf befriedigen, bis die politische Polizei mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist, würde dann unsere Parole heißen! Alle Verantwortung auf die Bundesbehörden, wenn sie nicht Vernunft annehmen wollen. An Warnungen hat es wahrlich nicht gefehlt!"

Belgien.

— Brüssel, 5. April. Der heutige Kongreß der belgischen Sozialisten war von 475 Delegirten besucht. Leon Defuisseaux präsidirte. Der Lüttischer Vertreter Demblon forderte einen allgemeinen Streik, den Anseele scharf bekämpfte. Derselbe schlug vor, den Antrag, welcher einen Generalstreik im Augenblicke für einen ungeheuren Fehler erklärt, anzunehmen.

— Die belgische Regierung giebt sich alle Mühe, das Bürgerthum mit der Revolution in Angst zu jagen. Das alte Mittel muß immer wieder herhalten und da kleine Dosen nichts mehr helfen, wird der Schwindel im Großen betrieben. Dynamitdiebstähle giebt es jetzt in Belgien massenhaft, ganze Massen von Dynamit sind in den Wäldern versteckt, mehrere Wagen, beladen mit gestohlenem Dynamit, wurden auf der Landstraße abgefaßt. Wie kommt es denn nur, daß die staatlichen Dynamitniederlagen mit einem Male so schlecht bewacht sind? Und wie kommt es denn, daß dynamitstehlende „Anarchisten" jetzt so sehr ungeschickt geworden sind und sich so leicht fassen lassen? Das belgische Ministerium kann hierüber vielleicht Auskunft ertheilen!

Australien.

— Die britischen Kolonien Australiens haben einen weiteren Schritt auf ihrem Wege zur Bildung eines australischen Bundes gethan. Einem Beschlusse der Konferenz gemäß, welche im Februar v. J. in Melbourne tagte, traten im vorigen Monat in Sydney Vertreter der Kolonien zu einer sogenannten Föderationskonvention zusammen, um über die Verfassung des zukünftigen Bundes zu berathen und den gesetzgebenden Körpern ihrer Heimathkolonien über das Ergebniß zu berichten. Ein Ausschuß dieser Konvention hat jetzt nach einer Meldung der „Voss. Ztg." den Entwurf einer Verfassung vollendet und der Konvention vorgelegt. Danach soll der neue Bund den Namen „Commonwealth of Australia" führen. Die Verfassung soll sechs Monate nach der Genehmigung durch das britische Parlament in Kraft treten. Die Gesetzgebung wird der Königin, einem Senat und einem Repräsentantenhaus übertragen. Die Königin ernennt den Generalgouverneur, dessen Gehalt mindestens 10,000 Lstr. jährlich beträgt. Die Kolonien werden den Namen Staaten führen. In den Senat schickt jeder Staat acht Vertreter, die von dem Parlament des betreffenden Staates auf sechs Jahre gewählt werden. Die Wahlen für das Repräsentantenhaus finden alle drei Jahre statt, und zwar unmittelbar durch das Volk. Auf je 30,000 Bewohner soll ein Vertreter kommen. Jeder Senator und jeder Abgeordnete erhält 500 Lstr. jährliche Diäten. Die Exekutivgewalt der Königin wird durch einen Generalgouverneur ausgeübt werden, welchem ein Beirath von 7 Ministern zur Seite steht. Ehe die Angelegenheit vor das britische Parlament kommt, müssen die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Kolonien die Verfassung genehmigt haben.

Gewerkschaftliche Arbeiter-Bewegung.

∵ Leipzig. In der Luxuspapierfabrik von Wittkopf u. Co., Gohlis, haben am 2. April sämmtliche Papierschläger wegen beabsichtigten Lohnabzuges die Arbeit niedergelegt. Der Lohn ist ein an sich schon niedrige, daß es die Arbeiter vorzogen, lieber die Arbeit zu verlassen, als sich noch mehr drücken zu lassen. — Zuzug ist fern zu halten. — Anfragen, Briefe 2c. sind zu richten an Herrn A. Block, Möckern, Hauptstraße 22.

∵ Zwönitz i. Erzgeb. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Geipel'schen Strumpffabrik haben am 31. März die Arbeit nicht wieder aufgenommen, weil durch Anschlag in der Fabrik eine 9 prozentige Lohnreduktion angekündigt war, welche sofort bei der nächsten Lohnzahlung in Kraft treten sollte. Ausständig sind 22 Arbeiter und 19 Arbeiterinnen.

∵ Altenburg. In der hiesigen Nähmaschinenfabrik von L. O. Dietrich steht eine Aussperrung sämmtlicher Arbeiter bevor und werden Schlosser, Dreher, Schleifer u. s. w. dringend gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

∵ An alle im Schlosser- und Maschinenbaugewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Genossen! Auf der Konferenz der Vertrauensmänner der Metallarbeiter Deutschlands, welche am 22. März in Braunschweig tagte, wurde beschlossen, daß die einzelnen Vertrauensmänner ihre speziellen Berufsgenossen zu einem Spezialkongreß einzuladen haben, welcher gleichzeitig mit dem Allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß und am gleichen Orte stattfinden soll. Demgemäß berufe ich hiermit für den 2. und 3. Juni 1891*) einen Schlosser- und Maschinenbauer-Kongreß nach Frankfurt a. M. ein. Die provisorische Tagesordnung lautet:

Wie organisiren wir uns?

Genossen! Es dürfte endlich an der Zeit sein, daß Ihr Euch darüber entscheidet, welche Form der Organisation für die Zukunft maßgebend sein soll. Wählt daher in öffentlichen Versammlungen Delegirte; denselben ist ein Mandat für den Schlosser- und Maschinenbauer-Kongreß auszustellen, welches mit der Unterschrift des Bureaus der betr. Versammlung versehen sein muß. Die Delegirten werden ersucht, bis spätestens 24. Mai dem Unterzeichneten ihre Wahl mitzutheilen, damit die Präsenzliste schon vorher fertiggestellt werden kann.

Sollten noch weitere Punkte zu Tagesordnung gewünscht werden, so ersuche ich, diesbezügliche Vorschläge an mich gelangen zu lassen.

Nürnberg, den 26. März 1891.

Karl Breder, Neue Gasse 5.
Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer Deutschlands.

∵ An die deutschen Glasarbeiter! Kollegen allerorts! Bekanntlich haben sich die hiesigen angeblirenden Glasarbeiter nach neunmonatlichem Kampfe genöthigt, sich den Bedingungen der Fabrikanten zu fügen. Leider sind nur Wenige, im Verhältniß zu der

*) Der Tag kann vorläufig noch nicht genau angegeben werden, weil die Zeit der Vertagung des Allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses nicht im Voraus bestimmt werden kann.

„Ah!" sprach sie, „Sie sind nicht allein, Sie haben ein Kind . . ."

„Ein vierjähriges, ruhiges Mädchen, welches Niemand im Wege wäre."

„Das glaube ich gern", erwiderte Frau Zmineka, „und dennoch darf ich die Hoffnung in Ihnen nicht aufkommen lassen, daß Sie eine Stellung finden könnten, die Ihnen vielleicht gestatten würde, Ihr Kind bei sich zu behalten."

Martha sah sie erstaunt an.

„Mein Gott", sprach sie, „die junge Dame, die eben das Zimmer verlassen hat, ist doch mit ihrer kleinen Nichte engagirt worden und überdies hat man ihr noch so viele andere Bedingungen zugestanden. Ist sie denn so hoch gerühmt?"

„Nein", erwiderte Frau Zmineka, „ihre Stellung überschreitet durchaus nicht die Grenzen der Mittelmäßigkeit. Aber — sie ist eine Ausländerin."

Der strenge Ausdruck in dem Antlitz der Vermittlerin wich zum ersten Mal während dieser ganzen Unterredung einem leichten Lächeln, die kalten Augen richteten sich mit einem Ausdruck auf Martha, der zu sagen schien: „Und das weißt Du nicht? „Wo kommst Du denn eigentlich her?"

Martha kam aus der ländlichen Zurückgezogenheit, wo Rosen blühten und Nachtigallen schlugen, aus den engen, behaglichen, wohlaufgeschmückten Räumen, über die hinaus es keine Welt für sie gab. Sie kam aus einer Welt, in der zuerst kindliche Naivetät und Unkenntniß herrschten, dann die Heiterkeit und Sorglosigkeit der jungen Frau. In dem Umkreis dieser Lebenselemente richtet das Weib die Augen nicht fragend in die Welt . . . es weiß von nichts, es fragt nach nichts . . . Alles wird ihm ferngehalten. — Sie wußte nichts davon oder hatte vielleicht nur vorübergehend gehört, daß nicht Alles, was für den Einen recht, auch für den Anderen billig ist. Sie kannte und ahnte auch den Werth nicht, den alles Ausländische in ihrem Vaterlande genoß.

„Wenn Sie den Entschluß fassen könnten, sich von ihrem Kinde zu trennen, es irgendwo unterzubringen, dann wäre es nicht unmöglich, eine Stellung mit 1000 Gulden Jahresgehalt für Sie zu finden."

„Niemals!" rief die Hände faltend, Martha, „niemals würde ich mich entschließen, mich von meinem Kinde zu trennen und es fremden Händen zu überantworten . . . Ist es doch das Einzige, was mir auf dieser Welt noch geblieben ist . . ."

Fast wider Willen war dieser Ausbruch Marthas Lippen entschlüpft, und sie empfand auch sofort das Unpassende und Nutzlose desselben. Ihre Selbstbeherrschung wiedergewinnend, fuhr sie fort:

„Wenn mir also die Hoffnung auf eine feste Anstellung versagt bleibt, dann haben Sie vielleicht die Güte, mir Privatstunden zu verschaffen . . ."

„Privatstunden in französischer Sprache?" warf die Vermittlerin ein.

„Ja wohl, und möglicherweise könnte ich auch in anderen Gegenständen Unterricht ertheilen. Geographie, Weltgeschichte, polnische Literaturgeschichte, all' das habe ich gelernt und habe in der Folge, wenn auch nicht viel, aber mancherlei gelesen. Wenn ich nun die Arbeit wieder aufnehme, dann könnte ich leicht meine Kenntnisse vermehren."

„Das würde Ihnen wenig nützen", unterbrach sie Frau Zmineka.

„Warum?"

„Weil weder in meinem, noch in jedem anderen Vermittelungsbureau Sie für den Unterricht in den genannten Gegenständen empfohlen werden könnten, da doch diese Fächer fast nur ausschließlich in den Händen der Männer ruhen."

Martha sah mit großen Augen auf die Redende und frug:

„Warum denn ausschließlich in den Händen der Männer?"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18910408/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG